

Fernunterrichtsangebote:

ZAR-Journal vom 2. Juli 2024

Arbeitsrecht:

- Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit
- Arbeitszeit, Teilzeit, Befristung und Urlaub im Arbeitsrecht
- Fachreferent/in für Arbeitsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für arbeitsrechtliche Spezialgesetze (IHK)
- Mutterschutz und Elternzeit im Arbeitsrecht

Fachübergreifende Rechtslehrgänge:

- Rechtsassistent/in (IHK)
- Rechtsreferent/in (IHK)

Zivil- und wirtschaftsrechtliche Lehrgänge:

- Fachreferent/in für Versicherungsvertragsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Wirtschaftsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrecht

Öffentliches Recht:

- Kommunalrechtsassistent/in
- Fachreferent/in für Rechtsanwaltsvergütungsrecht

Inhalt (in der Überschrift klicken)

1. Gesetzgebung: Bundesregierung informiert über gesetzliche Neuregelungen ab Juli 2024 1
2. Verwaltungsrecht: Bei Parkverstoß ist nach BVerfG Halter nicht automatisch Täter 1
3. Verwaltungsrecht: Nach VG Koblenz bleibt wegen Jugendschutz Weinautomat auf Privatgrundstück verboten 2
4. Verwaltungsrecht: BayVGH erachtet Corona-Infektionen eines Polizisten und eines Lehrers als Dienstatfall 2
5. Verfassungsrecht: Altkanzler Schröder hat nach OVG Berlin-Brandenburg keinen Anspruch auf Bundestagsbüro 2
6. Verwaltungsrecht: BVerwG zur Frage, wann Behörden gegen Gehwegparker einschreiten müssen 3
7. Europarecht: Nach EuGH darf Desinfektionsmittel nicht als „hautfreundlich“ beworben werden 3
8. Europarecht: Mandantenpost falsch adressiert – EuGH zu Schadensersatz nach Datenschutz-Grundverordnung 3
9. Wettbewerbsrecht: BGH entscheidet im Fall von Katjes über Zulässigkeit von Werbung mit Begriff „klimaneutral“ 4

Gesetzgebung: Bundesregierung informiert über gesetzliche Neuregelungen ab Juli 2024

Die Bundesregierung gibt auf ihrer Homepage einen Überblick über die gesetzlichen Neuregelungen, die ab Juli 2024 gelten: Die Renten steigen, Unternehmen erhalten Arbeitsmarktzulassungen für Fachkräfte aus Drittstaaten digital, die Altersobergrenze der kostenlosen Brustkrebsvorsorge wird angehoben und Namensänderungen werden einfacher. ...

Quelle: Bundesregierung

[mehr](#)

[nach oben](#)

Verwaltungsrecht: Bei Parkverstoß ist nach BVerfG Halter nicht automatisch Täter

Nach einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 17.05.2024 (Az.: 2 BvR 1457/23) ist es bei einem Parkverstoß nicht zulässig, allein aus der

Haltereigenschaft auf den Verursacher zu schließen. Vielmehr muss geklärt werden, ob der Halter auch der Täter war. ...

Quelle: Bundesverfassungsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Verwaltungsrecht: Nach VG Koblenz bleibt wegen Jugendschutz Weinautomat auf Privatgrundstück verboten

Das Verwaltungsgericht Koblenz hat mit Urteil vom 27.05.2024 (Az.: 3 K 972/23.KO) entschieden, dass der Betrieb eines Weinautomaten auf einem Privatgrundstück verboten werden darf. Gestützt wurde die Entscheidung auf das Jugendschutzgesetz. Angesprochen wurden auch die Unterschiede zu Zigarettenautomaten, die – unabhängig vom Belegenheitsort – bereits dann aufgestellt werden dürften, wenn eine jugendschutzkonforme Abgabe durch technische Vorrichtungen sichergestellt sei. ...

Quelle: Verwaltungsgericht Koblenz

[mehr](#)

[nach oben](#)

Verwaltungsrecht: BayVGH erachtet Corona-Infektionen eines Polizisten und eines Lehrers als Dienstunfall

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat mit Urteilen vom 05.06.2024 (Az.: 3 BV 21.3116; 3 B 22.809) die Corona-Infektionen eines Polizisten und eines Lehrers als Dienstunfall anerkannt. Zur Begründung wurde ausgeführt, dass in den vorliegenden Einzelfällen die Beamten durch ihre jeweils konkret ausgeübte dienstliche Tätigkeit bei einem Lehrgang für Sportübungsleiter und bei der Unterrichtung an einer staatlichen Wirtschaftsschule der Gefahr einer Corona-Infektion in ähnlichem Maße wie eine Person im Gesundheitsdienst, der Pflege oder einem Labor besonders ausgesetzt gewesen seien. ...

Quelle: Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

[mehr](#)

[nach oben](#)

Verfassungsrecht: Altkanzler Schröder hat nach OVG Berlin-Brandenburg keinen Anspruch auf Bundestagsbüro

Ein aus dem Amt geschiedener Bundeskanzler hat keinen Rechtsanspruch gegen die Bundesrepublik Deutschland darauf, dass ihm ein Büro für die Wahrnehmung fortwirkender Verpflichtungen aus dem Amt zur Verfügung

gestellt wird. Das hat das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Urteil vom 06.06.2024 (Az.: OVG 10 B 34/23) entschieden. ...

Quelle: Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

[mehr](#)

[nach oben](#)

Verwaltungsrecht: BVerwG zur Frage, wann Behörden gegen Gehwegparker einschreiten müssen

Anwohner können bei einer erheblichen Beeinträchtigung der bestimmungsgemäßen Gehwegbenutzung einen räumlich begrenzten Anspruch gegen die Straßenverkehrsbehörde auf eine ermessensfehlerfreie Entscheidung über das Einschreiten gegen das verbotswidrige Gehwegparken haben. Die Straßenverkehrsbehörde muss also nicht in jedem Fall einschreiten. Das hat das Bundesverwaltungsgericht mit Urteil vom 06.06.2024 (Az.: 3 C 5.23) entschieden. ...

Quelle: Bundesverwaltungsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Europarecht: Nach EuGH darf Desinfektionsmittel nicht als „hautfreundlich“ beworben werden

Werbung für ein Desinfektionsmittel, das Biozidprodukte enthält, ist nach den Vorgaben des Europarechts nur beschränkt möglich. U.a. ist vorgeschrieben, dass die Risiken des Produkts für die Gesundheit von Mensch oder Tier oder für die Umwelt nicht verschleiert werden dürfen. Vor diesem Hintergrund hat der Europäische Gerichtshof mit Urteil vom 20.06.2024 (Rs. C-296/23) entschieden, dass ein Biozidprodukt der dm-drogerie markt GmbH & Co. KG nicht als „hautfreundlich“ beworben werden darf. ...

Quelle: Europäischer Gerichtshof

[mehr](#)

[nach oben](#)

Europarecht: Mandantenpost falsch adressiert – EuGH zu Schadensersatz nach Datenschutz-Grundverordnung

Der Europäische Gerichtshof hat mit Urteil vom 20.06.2024 (Rs. C-590/22) zu den Voraussetzungen für immateriellen Schadensersatz und dessen Berechnung nach der Datenschutz-Grundverordnung Stellung genommen. Einem Steuerberater, der eine Steuererklärung an die falsche Adresse geschickt hat,

droht insofern nunmehr eine Schadensersatzzahlung wegen eines Verstoßes gegen die Datenschutz-Grundverordnung. ...

Quelle: Europäischer Gerichtshof

[mehr](#)

[nach oben](#)

Wettbewerbsrecht: BGH entscheidet im Fall von Katjes über Zulässigkeit von Werbung mit Begriff „klimaneutral“

Der Bundesgerichtshof hat mit Urteil vom 27.06.2024 (Az.: I ZR 98/23) in einem Fall des Süßwaren- und Lakritzherstellers Katjes entschieden, dass die Werbung mit einem mehrdeutigen umweltbezogenen Begriff (hier: „klimaneutral“) regelmäßig nur dann zulässig ist, wenn in der Werbung selbst erläutert wird, welche konkrete Bedeutung diesem Begriff zukommt. ...

Quelle: Bundesgerichtshof

[mehr](#)

[nach oben](#)
